

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

18. Januar 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

Auch in der vergangenen Woche gab es Militäraktionen gegen Aufständische und Überfälle auf Armee- oder Polizeiposten oder -konvois. Besonders betroffen waren die Provinzen Kandahar, Helmand, Zabul (Süden), Nangarhar (Osten), Farah (Westen), Takhar (Nordosten), Jawzjan, Faryab (Norden).

Nach Angaben der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) wurden bei den Kämpfen in Helmand im vergangenen Jahr über 700 Zivilisten verletzt oder getötet.

Anschläge und Übergriffe

Bei einem Anschlag auf das pakistanische Konsulat in Jalalabad (Provinz Nangarhar, Osten) wurden am 13.01.16 mindestens sieben Sicherheitskräfte und drei Angreifer getötet sowie elf Personen verletzt. Ebenfalls am 13.01.16 detonierte das Auto eines Selbstmordattentäters in Lashkargah (Hauptstadt der Provinz Helmand) vorzeitig. Der Attentäter kam ums Leben. Im Distrikt Qarabagh der südöstlichen Provinz Ghazni starben ein Kommandant der Afghan Local Police (ALP) und seine drei Leibwächter am 13.01.16 bei einem Bombenanschlag. Am 16.01.16 wurde in Parwan (Zentrum) eine Rakete auf eine Bank abgefeuert, es gab keinen Personenschaden. Bei einem Anschlag in Jalalabad wurden am 17.01.15 mindestens 13 Zivilisten getötet und 14 verletzt. Ziel des Selbstmordattentäters war eine Jirga (traditionelle Stammesversammlung) im Haus eines Politikers.

Pakistan/Afghanistan

Abschiebung von Afghanen

In der vergangenen Woche soll Pakistan 160 illegal aufhältige afghanische Staatsangehörige in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa verhaftet und über den Grenzübergang Torkham nach Afghanistan abgeschoben haben.

Pakistan

Anschläge

Am 13.01.15 starben bei einem Anschlag auf das Büro eines Polioimpfteams in Quetta 15 Menschen, 30 wurden verletzt.

Keine härteren Strafen für Verheiratung von Kindern

Ein Gesetzesvorschlag der Regierungspartei, der härtere Strafen für die Verheiratung von Kindern vorsah wurde vom „Rat für islamische Ideologie“ als „unislamisch“ und „blasphemisch“ abgelehnt. Der Entwurf wird daher nicht weiter verfolgt. Das gesetzliche Mindestalter für eine Heirat liegt für Mädchen bei 16 und für Jungen bei 18 Jahren. Bei Verstößen sind eine Geldstrafe und 30 Tage Haft vorgesehen. Nach Schätzungen ist in 30% aller Ehen ein Partner minderjährig.

Irak

Großangriff des IS nahe Tikrit

Angaben aus irakischen Sicherheitskreisen vom 14.01.16 zufolge hatten Kämpfer des IS nahe der Stadt Tikrit (Provinz Salahaddin) einen Großangriff auf irakische Sicherheitskräfte begonnen. Sie seien aus mehreren Richtungen vorgerückt und hätten unter anderem einen Teil der Hauptverbindungsstraße zwischen Tikrit und Kirkuk unter ihre Kontrolle bringen können.

Anschläge

Am 11.01.16 kamen bei einer Anschlagsserie in Bagdad zahlreiche Menschen ums Leben. So starben mindestens 18 Menschen allein bei einem Angriff durch mehrere Selbstmordattentäter auf ein Einkaufszentrum im mehrheitlich von Schiiten bewohnten Geschäftsviertel al-Jadida im Osten Bagdads.

Bei einem Doppelanschlag in Muqadiyah (Provinz Diyala), rund 80 Kilometer nordöstlich von Bagdad kamen mindestens 23 Menschen um. Bei einem weiteren Anschlag nahe der Stadt Baquba, ebenfalls in der Provinz Diyala, wurden mindestens zwei Menschen getötet. Es gab insgesamt etwa 100 Verletzte. Die Anschläge trafen sowohl mehrheitlich schiitische als auch mehrheitlich sunnitische Gebiete.

Journalisten getötet

Lt. Pressemeldung haben am 12.01.16 bewaffnete Milizionäre nahe der Stadt Baquba (Provinz Diyala), nördlich von Bagdad, zwei irakische Fernsehjournalisten erschossen, die von einer Reportagereise zurückkehrten.

Auslandsiraker besorgen sich Pässe

Lt. Pressemeldung vom 11.01.16 hat Angaben des Auswärtigen Amtes zufolge die irakische Botschaft in Berlin bisher 1.400 Pässe für Rückkehrer ausgestellt. Ende Oktober seien es 150 gewesen. Eine ähnliche Entwicklung habe auch die finnische Regierung vor Wochen gemeldet.

Syrien

Kämpfe in Deir ez-Zor/Zivilisten verschleppt

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte rückte der IS am 16.01.16 im Norden der Provinz Deir ez-Zor vor, wobei es zu heftigen Kämpfen im Vorort (al-Baghaliyeh) der gleichnamigen Stadt kam. Dabei sollen mehr als 130 Menschen getötet worden sein, darunter mindestens 85 Zivilisten und 50 syrische Regierungssoldaten und Milizionäre. 400 Zivilisten, unter ihnen Frauen und Kinder, wurden entführt. Sie sollen in den Westen der Provinz und Richtung der Provinz ar-Raqqa, etwa 125 Kilometer nordwestlich, gebracht worden sein. Deir ez-Zor liegt ca. 450 Kilometer nordöstlich von Damaskus und befindet sich weitgehend unter Kontrolle des IS; ca. 250.000 Menschen sind in dem Gebiet eingeschlossen. Nach Berichten über schlechte Zustände in der Provinz soll ein russisches Transportflugzeug dort ca. 22 Tonnen Lebensmittel und Medizin abgeworfen haben.

Luftangriffe in der Provinz ar-Raqqa

Bodenkämpfe und Luftangriffe fanden auch in der Provinz ar-Raqqa statt, wobei unklar ist, ob die von den USA geführte Koalition oder die syrische bzw. die russische Luftwaffe bombardiert hat. Mindestens 40 Personen sollen getötet worden sein.

Hilfskonvoi erreichte Madaja/weitere Konvois unterwegs

Am 11.01.16 traf zum ersten Mal seit Oktober 2015 ein Hilfskonvoi in der belagerten Stadt Madaja ein (vgl. BN v. 11.01.16). Am 14.01.16 brachen 44 Lastwagen mit Hilfsgütern nach Madaja auf. 21 Lastwagen sollen zu den eingekesselten Schiitendörfern al-Fua und Kefraja in der Provinz Idleb unterwegs sein.

Türkei

Reaktionen auf den Anschlag in Istanbul

Nach dem Selbstmordattentat in Istanbul, bei dem am 12.01.16 zehn Deutsche ums Leben kamen und mindestens 15 Personen verletzt wurden, hat die türkische Armee am 14.01.16 nach Regierungsangaben fast 500

Stellungen des IS in den Nachbarländern Irak und Syrien angegriffen. Dabei wurden innerhalb von 48 Stunden über 200 IS-Anhänger getötet. Bisher liegen keine Bestätigungen aus Syrien und Irak vor. Die türkische Regierung macht den IS für den Anschlag in Istanbul verantwortlich und hat als Täter einen 27- oder 28-jährigen Syrer als Attentäter identifiziert, der als Flüchtling in der Türkei registriert war. Der IS hat sich bisher nicht zu dem Attentat bekannt. Nach dem Anschlag nahm die türkische Polizei über 70 Verdächtige in sieben Städten fest. Am 17.01.16 wurden 16 Verdächtige einem Richter vorgeführt.

Anschläge im Südosten

Am 13.01.16 wurden bei einem Anschlag auf eine Polizeistation in der Stadt Cinar in der Provinz Diyarbakir mindestens sechs Menschen getötet und über 40 verletzt. Die Täter zündeten eine Autobombe und beschossen die Station unter anderem mit Panzerfäusten. Der Anschlag wurde nach Behördenangaben von Anhängern der PKK verübt.

Am 17.01.16 wurden nach Angaben aus türkischen Sicherheitskreisen bei einem Anschlag in der Provinz Sirnak (Südosten) drei Polizisten getötet und vier verletzt, als kurdische Extremisten eine Bombe zündeten, während ein gepanzertes Fahrzeug der Sicherheitskräfte vorbeifuhr.

Arbeitserlaubnis für syrische Flüchtlinge

Der türkische Minister für europäische Angelegenheiten erklärte am 11.01.2016, dass sein Land beabsichtige, syrischen Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, die sechs Monate nach der Registrierung ausgestellt werden könne. Für Flüchtlinge mit begrenztem Aufenthaltsstatus werde eine Tätigkeit im Flüchtlingslager zugelassen. Die Regelung wurde bereits vom Ministerrat gebilligt und trat mit der Veröffentlichung im Amtsblatt am 15.01.16 in Kraft. In Betrieben darf die Quote der Flüchtlinge zehn Prozent der türkischen Belegschaft nicht übersteigen.

EGMR zu Verbot früherer Kurdenpartei

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg urteilte am 12.01.16 einstimmig, dass das Verbot der früheren Kurdenpartei DTP (Demokratik Toplum Partisi – Partei der demokratischen Gesellschaft) gegen die Grundrechte verstößt. Die 2005 gegründete DTP war bei den Regionalwahlen vom März 2009 viertstärkste Partei geworden und die führende Partei in den Kurdengebieten. Sie war 2009 vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden. Nach dessen Ansicht galt die Partei als politischer Arm der PKK, u. a. auch weil sich die DTP immer geweigert hatte, die PKK als Terrororganisation zu bezeichnen. Das Verfassungsgericht wertete dies als Beweis einer engen Verbindung zwischen der DTP und der PKK. Der EGMR stellte hingegen fest, dass die Reden der DTP-Parteiführer keine direkte oder indirekte Unterstützung der PKK oder ihres Führers Abdullah Öcalan enthalten hatten. Es fehle damit an einer sehr schwerwiegenden Grundrechtsverletzung, beispielsweise einer Bedrohung des politischen Pluralismus oder grundlegender Prinzipien der Demokratie, die ein Parteiverbot hätte rechtfertigen können.

Burkina Faso

Islamistischer Terroranschlag in Hauptstadt – viele Tote

Am 15.01.16 stürmten drei oder vier Attentäter in der Hauptstadt Ouagadougou das Café-Restaurant „Cappucino“ am Prachtboulevard „Kwame Nkrumah“ und feuerten auf Gäste. Anschließend griffen sie das bei Ausländern beliebte Luxushotel „Splendid“ schräg gegenüber an. Sie besetzten es und töteten Gäste. Am Morgen des 16.01.16 stürmten burkinische Sicherheitskräfte – unterstützt von französischen und US-Spezialkräften – das Hotel. Auch das nahe Hotel „Yibi“, in das sich einige Terroristen zurückzogen, war von den Kämpfen betroffen. Bei der Befreiungsaktion wurden 156 Geiseln befreit, etwa 50 Zivilisten und vier Sicherheitskräfte erlitten Verletzungen. Mindestens drei Terroristen wurden getötet. Von den Gästen wurden mindestens 29 getötet, mehrheitlich weiße Ausländer. Laut Angaben von „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“, die die Verantwortung für den Anschlag übernahm, führte die Gruppe „Al-Mourabitoun“ den Angriff aus.

Kamerun

Selbstmordanschlag in Moschee

Am 13.01.16 sprengte sich in der Region Extrême-Nord ein Selbstmordattentäter während des Morgengebets in der Moschee des Dorfes Kouyape (nahe der Stadt Kolofata, an der Grenze zu Nigeria) in die Luft. Mindestens zwölf Menschen wurden getötet. Der Anschlag wird der Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Somalia

Stützpunkt der Afrikanischen Union angegriffen

Am 15.01.16 hat die radikalislamische Al-Shabaab-Miliz einen Stützpunkt der Militärmission der Afrikanischen Union in Somalia in Ceel Cado (El-Ade), in der Region Gedo im Südwesten des Landes, angegriffen. Bei Kämpfen habe es zahlreiche Tote und Verletzte gegeben. Genaue Opferzahlen seien bisher nicht bekannt. Auf dem Stützpunkt sind somalische und kenianische Soldaten stationiert.

Nigeria

Verlängerung des Niger-Delta-Amnestieprogramms

Am 14.01.16 gab ein Sprecher des Niger-Delta-Amnestieprogramms dessen Verlängerung um ein Jahr bekannt. Staatspräsident Buhari hatte im Mai 2015 erklärt, das Programm Ende 2015 beenden zu wollen. Der frühere Staatspräsident Yar'Adua hatte 2009 zur Beendigung des Niger-Delta-Konflikts den Militanten im ölreichen Niger-Delta eine Amnestie angeboten, die im Gegenzug für eine Waffenniederlegung Straffreiheit, monatliche finanzielle Unterstützung, Ausbildung sowie die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorsah. Das Angebot wurde von allen bekannten Rebellenführern und deren Gefolgsleuten angenommen. Bis dahin führten Anschläge der Militanten auf Ölfördereinrichtungen sowie Entführungen ausländischer Beschäftigter in der Erdölindustrie zu einem starken Rückgang der Förderung. Da das Ausbildungs- und Wiedereingliederungsprogramm bisher erst von einem Teil der 30.000 in das Programm aufgenommenen früheren Militanten abgeschlossen wurde, war bei einem Auslaufen der Ausbruch neuer Unruhen im Delta befürchtet worden.

Burundi

Schwere Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, beschuldigte am 15.01.16 Sicherheitskräfte und Angehörige der regierungstreuen Miliz Imbonerakure, für Folter, Vergewaltigungen und Hinrichtungen verantwortlich zu sein. Opfer sollen in Massengräbern verscharrt worden sein. Anscheinend werden gezielt Angehörige der ethnischen Minderheit der Tutsi Opfer. Nach Angriffen auf Militäreinrichtungen am 11.12.15 soll es in der Hauptstadt Bujumbura bei Vergeltungsaktionen der Sicherheitskräfte u.a. zu Gruppenvergewaltigungen gekommen sein.

Putschisten verurteilt

Vier für einen im Mai 2015 vereitelten Putschversuch verantwortliche Generäle wurden am 15.01.16 zu lebenslanger Haft verurteilt. Neun Personen erhielten Strafen von je 30 Jahren Haft, acht zu je fünf Jahren.

Serbien

Neuwahlen angekündigt

Überraschend hat Ministerpräsident Aleksandar Vucic Neuwahlen angekündigt. Trotz einer stabilen Mehrheit im Parlament will sich Vucic nach knapp zwei Jahren im Amt von den Bürgern ein neues Mandat geben lassen, um den EU-Beitritt Serbiens 2020 zu vollenden und damit verbundene Reformen abzuschließen. Ein erneuter Wahlsieg der Serbischen Fortschrittspartei gilt als sicher. Vucic genießt nach wie vor breite Unter-

stützung in der Bevölkerung. Wirtschaftsexperten kritisieren, vorgezogene Parlamentswahlen seien politisch unnötig und teuer.

EJR Mazedonien

Rücktritt des Premierministers

Am 15.01.15 erklärte der seit 2006 amtierende Premierminister Nikola Gruevski seinen Rücktritt. Er erfolgte aufgrund einer Vereinbarung mit der Opposition, welche unter Vermittlung der EU im Juli 2015 zustande kam. Bis zu Neuwahlen im April 2016 soll eine Übergangsregierung unter Beteiligung der Opposition gebildet werden. Außerdem wurde ein Sonderstaatsanwalt berufen und eine paritätische Wahlkommission gebildet, die manipulierte Wählerliste bereinigen soll sowie eine Kommission für Medienfreiheit eingesetzt.

Hintergrund

Mazedonien befindet sich seit der Parlamentswahl im April 2014 in einer politischen Krise. Der Sozialdemokratische Bund (SDSM) hatte Gruevskis Partei (VMRO-DPMNE) Wahlbetrug vorgeworfen. Im Vorjahr hatte sich die Krise weiter zugespitzt, als die SDSM der Regierung vorwarf, 20.000 Menschen seien abgehört worden. Es geht in den Aufzeichnungen um Wahlbetrug und Korruption im großen Stil. Nach öffentlichen Protesten und einer zweifelhaften Polizeiaktion im Mai gegen albanische Terroristen hatte sich im Juni 2015 die EU eingeschaltet.

Zunehmend gefälschte Pässe an der mazedonisch-griechischen Grenze

An der mazedonisch-griechischen Grenze werden laut Berichten mittlerweile täglich mehr als 150 gefälschte Pässe entdeckt. Seit Mitte November dürfen nur noch Syrier, Iraker und Afghanen nach Mazedonien einreisen. Nach offiziellen Angaben sei die Zahl der Menschen aus anderen Staaten stark gestiegen. Für jeden Syrer, Iraker oder Afghanen kämen 1,5 Menschen aus anderen Staaten an, denen die Einreise verweigert wird, was vermehrt zu illegalen Grenzüberschreitungen führe.

Aserbaidshon

Dutzende Festnahmen bei Protesten

Am 12.01.16 hat die Polizei bei nicht genehmigten Demonstrationen mehr als 50 Menschen festgenommen, so das Innenministerium der autoritär geführten Südkaukasusrepublik. Örtliche Medien berichteten von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Stadt Siyazan. Auch in anderen Landesteilen habe es Proteste gegeben. Diese richteten sich den Berichten zufolge vorrangig gegen die schlechte Wirtschaftslage und die damit einhergehende massiv steigende Teuerungsrate bei vielen Produkten des täglichen Lebens.

China

Maßnahmen gegen kritische Rechtsanwälte

Der Hongkonger Organisation Chinese Human Rights Lawyers Concern Group (CHRLCG) zufolge wurden bis zum 14.01.16 mindestens 317 Rechtsanwälte und andere Personen, die mit der sich in Bürgerrechtsfragen engagierenden Anwaltskanzlei Fengrui in Verbindung stehen, Ziel staatlicher Maßnahmen (Festnahmen, Haft oder Befragungen). 33 befinden sich noch in staatlichem Gewahrsam, stehen unter Hausarrest oder sind verschwunden.

Taiwan

Opposition gewinnt Wahlen

Tsai Ing-wen von der Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) gewann die Präsidentenwahlen vom 16.01.16 mit 56 % der abgegebenen Stimmen. Sie wird die erste Frau im Präsidentenamt. Der Kandidat

der Regierungspartei Kuomintang (KMT), Eric Chu, erzielte 31 % der Stimmen. Die DPP gewann auch die Parlamentswahlen am selben Tag. An sie gingen 68 der 113 Parlamentssitze. Chinas Führung sieht Taiwan als abtrünnige Provinz und warnte die kommende politische Führung Taiwans davor, die Unabhängigkeit von China anzustreben. Taiwans amtierender Präsident Ma Ying-jeou, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte, verfolgte einen Annäherungskurs an China, den die chinakritische Tsai Ing-wen nicht weiter vorantreiben will.